

EDITORIAL

Drei unvorhergesehene Landtagswahlen im Jahr 2012 führen vor Augen, wie sich die Gewichte im politischen System verschoben haben und wie viel unkalkulierbarer Politik in Deutschland geworden ist. Im Saarland und in Nordrhein-Westfalen muss gewählt werden, weil sich die ungewöhnlichen Koalitions- beziehungsweise Regierungsformate – hier „Jamaika“ aus CDU, FDP und Grünen, dort rot-grüne Minderheitsregierung – als nicht tragfähig genug erwiesen; in Schleswig-Holstein erzwang ein Urteil des Landesverfassungsgerichts zum Wahlgesetz die vorzeitige Auflösung des Landtags.

Der politische Einfluss, den die Bundesverfassungsrichter vor vier Jahren mit ihrer Judikatur zum negativen Stimmengewicht genommen haben, wirkt fort: Das geänderte Bundeswahlgesetz ist wieder anhängig in Karlsruhe. So ist *Joachim Behnkes* Beitrag in diesem Heft ein Zwischenfazit der Wahlrechtsdebatte wie auch ein erneutes Plädyoyer für die Abschaffung der Überhangmandate. Diese seien die Ursache des negativen Stimmengewichts, das durch die nunmehr vorgesehene Trennung der Parteilisten eben nicht systematisch ausgeschlossen werde. *Behnkes* Annahme, dass Überhangmandate das am wenigsten verstandene Element des Wahlsystems sind, präzisieren *Jan Eric Blumenstiel* und *Ossip Fürnberg* mit ihrer empirischen Untersuchung über Wissen und Einstellungen der Wähler. Dass diejenigen, die über Überhangmandate Bescheid wissen, sie vor allem in parteitaktischer Hinsicht einschätzen können, spricht nach Meinung der Autoren „gegen die Legitimität dieses Phänomens“. *Hubert Kleinert* empfiehlt mit Blick auf andere Länder mehr Gelassenheit gegenüber Verzerrungseffekten im Wahlrecht. Er hält die Alternativvorschläge von SPD und Grünen zur Wahlgesetzänderung für noch problematischer als die nun verabschiedete Lösung, spricht sich aber, wie *Behnke*, für die Abschaffung der Überhangmandate durch die Einführung von Zweierwahlkreisen aus.

Wie drastisch sich die politische Landschaft in Deutschland verändert hat, kann an der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2011 abgelesen werden. Nach zehn Jahren Koalition von SPD und PDS/Linke standen alle Signale auf Rot-Grün, dabei zunächst gar auf grüner Dominanz. *Oskar Niedermayer* zeigt in seiner Wahlanalyse, warum die Realität dann Rot-Schwarz hervorbrachte, die FDP zur Splitterpartei machte und mit den Piraten eine weitere Partei die parlamentarische Bühne betritt. Dagegen nimmt sich die Fortsetzung der früher als Ausnahme akzeptierten Großen Koalition in Mecklenburg-Vorpommern fast als Normalität aus. Dass es die bundespoltischen Rahmenbedingungen waren, die den Grünen den erstmaligen Einzug in den Schweriner Landtag und der FDP das Scheitern an der Fünfprozentürde bescherten, erklären *Martin Koschkar* und *Steffen Schoon*. Alarmieren sollte die Verfestigung der rechtsextremen Wählerstruktur, insbesondere im östlichen Landesteil.

Eine für die Leistungsfähigkeit der Parlamente und damit für das Vertrauen der Bürger in das politische System zentrale Aufgabe der Parteien ist die Aufstellung der Kandidaten. Das höchst komplexe Zusammenspiel von institutionellen Rahmenbedingungen, Wählern und Parteien untersucht *Ingrid Reichart-Dreyer* für das Abgeordnetenhaus von Berlin seit 1963. Ihre vorsichtige Einschätzung: Eine Erneuerungsrate im Parlament von etwa 40 Prozent balanciert personelle Regeneration und effizienzsichernde Kontinuität richtig aus. Der sich immer schneller ändernde Wählerwille lässt aber sofort fragen: Wie viel parteipoliti-

sche Sozialisation, wie viel parlamentarische Erfahrung dürfen fehlen, bevor die zentralen Institutionen der repräsentativen Demokratie Schaden nehmen?

Die besonderen Schwierigkeiten einer Minderheitsregierung zeigten sich im Düsseldorfer Landtag sogar in der Durchführung von Abstimmungen. André Vielsäde dokumentiert, wie aus einer Unsicherheit bei der Leitung einer Plenarsitzung ein Eklat entstehen konnte, und gibt eine Empfehlung für ein Abstimmungsverfahren, das künftig demokratisch legitimierte Mehrheiten auf jeden Fall sichert.

Die Schwierigkeiten des Regierens beleuchtet *Danny Schindler* aus einer anderen Perspektive. Er lässt die Wahlergebnisse für Regierungsparteien im Bund seit 1953 Revue passieren: Ihre Verluste, besonders jene der Kanzlerpartei, mehrten sich, und die große Oppositionspartei konnte davon immer weniger profitieren. *Schindler* sucht Erklärungen im Aufstieg des kritischen Bürgers, in wahlsoziologischen und parteiensystemischen Veränderungen sowie auf der Angebotsseite des Regierens unter Bedingungen postnationaler und komplexer werdender Politik, die zudem nichts mehr zu verteilen hat.

Wahlkämpfe sind angesichts solcher Entwicklungen ebenfalls deutlichem Wandel unterworfen. *Jens Tenschert* hat Wahlkampagnen im deutsch-österreichischen Vergleich untersucht. Seine quantitative, auf Interviews mit Wahlkampfmanagern gestützte Analyse bestätigt nicht nur, dass die Professionalität bei nationalen (Haupt-)Wahlen größer ist als bei europäischen (Neben-)Wahlen, sondern auch, dass deutsche Parteien auf diesem Gebiet professioneller handeln als österreichische. Dass Professionalität im Wahlkampf künftig anders aussehen könnte, als in kommerzielle Agenturen und Berater zu investieren, verdeutlichen *Andrea Römmel* und *Sabine Einwiller*. Sie präsentieren Daten zur Nutzung der neuen Sozialen Medien bei der letzten Bundestagswahl und legen den Parteien nahe, sich um ein besseres Verständnis dieser Medien zu bemühen: Die heterogenen Netzwerke bieten vielfältige Chancen, engagementbereite Bürger zu gewinnen.

Auch *Marc Debus'* Beitrag über Koalitionspräferenzen von Wählern und Parteien dürfte hilfreich sein für die Strategien im nächsten Bundestagswahlkampf: Koalitionsaussagen schlagen sich sehr konkret im Wählerverhalten nieder. So wird etwa die Entscheidung für die Grünen oder die FDP positiv beeinflusst von dem Wunsch des Wählers nach einer bestimmten Koalition, sei es ein lagerübergreifendes, sei es ein eher untypisches Bündnis.

Verfestigte Lager und keine parlamentarische Mehrheit für eines davon: Das ist die Situation in Dänemark seit gut zehn Jahren. Daran hat, wie *Christoph Arndt* analysiert, auch die Folketingswahl 2011 nichts geändert. Ob die Konsensorientierung, die den skandinavischen Ländern nachgesagt wird und dort als Voraussetzung für das Gelingen von Minderheitsregierungen gilt, ausreicht, um der neuen Mitte-Links-Regierung zum Erfolg zu verhelfen, ist fraglich.

E contrario erweist sich die Wichtigkeit von Parlamenten an der Entwicklung, die Russland und die Ukraine genommen haben. *Ingmar Bredies* beschreibt die „Domestizierung“ der Staatsduma und der Verchovna Rada vor allem durch die Staatspräsidenten. Formal wie informal bewirkte Zuständigkeitsverluste, Kontrolle über die personelle Zusammensetzung, gezielte Desorganisation – das sind die Merkmale der Parlamentsschwäche, die beide Staaten letztlich zu autoritären Systemen machen. In Russland – besonders nach Putins neuerlicher Übernahme der Präsidentschaft – noch deutlicher als in der Ukraine sind die Parlamente weit davon entfernt, Vorreiter einer Demokratisierung zu werden.

Suzanne S. Schüttemeyer